

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2007/2290(INI)

4.6.2008

ENTWURF EINES BERICHTS

über die Zukunft der Systeme der sozialen Sicherheit und der Renten: ihre Finanzierung und die Tendenz zur Individualisierung
(2007/2290(INI))

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

Berichterstatlerin: Gabriele Stauner

Verfasserin(*):

Astrid Lulling, Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

(*) Assoziierter Ausschuss - Artikel 47 der Geschäftsordnung

INHALT

	Seite
ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS	3
BEGRÜNDUNG.....	8

ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zu der Zukunft der Systeme der sozialen Sicherheit und der Renten: ihre Finanzierung und die Tendenz zur Individualisierung (2007/2290(INI))

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission „Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in der EU“ (KOM(2006)0574),
- gestützt auf Artikel 99 des Vertrags,
- in Kenntnis der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 13./14. März 2008,
- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission „Modernisierung des Sozialschutzes im Interesse einer größeren sozialen Gerechtigkeit und eines stärkeren wirtschaftlichen Zusammenhalts: die aktive Einbeziehung der arbeitsmarktnähesten Menschen voranbringen“ (KOM(2007)0620),
- unter Hinweis auf das UNO-Übereinkommen über Mindestnormen der sozialen Sicherheit von 1952,
- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission „Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers“ (SEK(2008)0475),
- in Kenntnis der Empfehlungen der europäischen Sozialpartner in dem Bericht ‚Wichtigste Herausforderungen für die europäischen Arbeitsmärkte: eine gemeinsame Analyse der Europäischen Sozialpartner‘ vom 18. Oktober 2007,
- in Kenntnis des Grünbuchs der Kommission „Ein moderneres Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“, (KOM(2006)0708 sowie unter Hinweis auf die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. Juli 2007 zu einem moderneren Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts¹,
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission „Die Soziale Wirklichkeit in Europa - Eine Bestandsaufnahme Zwischenbericht für die Frühjahrstagung 2007 des Europäischen Rates“ (KOM(2007)0063 und die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. November 2007 zu einer Bestandsaufnahme der sozialen Wirklichkeit²,
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission „Die Solidarität zwischen den Generationen fördern“ (KOM(2007)0244 sowie die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 30. Januar 2008 zur demographischen Zukunft Europas³,
- gestützt auf Artikel 45 seiner Geschäftsordnung,

¹ Angenommene Texte, P6_TA(2007)0339

² Angenommene Texte, P6_TA(2007)0541

³ Angenommene Texte, P6_TA(2007)0066

- in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und der Stellungnahmen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung und des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (A6-0000/2008),
- A. in der Erwägung, dass die Gesamtbevölkerung der Europäischen Union bis 2025 voraussichtlich leicht zunehmen, nach 2025 leicht abnehmen und bis 2050 leicht geringer und erheblich älter sein wird,
- B. in der Erwägung, dass sich die Zahl der Arbeitskräfte bei konstanter Zuwanderung auf derzeitigem Niveau von 227 Millionen im Jahr 2005 auf 183 Millionen im Jahre 2050 verringern und dass die Beschäftigungsrate auf 70% im Jahr 2020 steigen wird, hauptsächlich infolge einer höheren Beschäftigungsrate bei Frauen, dass die Gesamtzahl der Erwerbstätigen bis zum Jahre 2017 um 20 Millionen zunehmen wird, dass sie danach jedoch bis zum Jahre 2050 um 30 Millionen abnehmen und das geschätzte Verhältnis von Menschen über 65 zu Menschen im arbeitsfähigen Alter von 1 : 4 im Jahre 2005 auf 1 : 2 im Jahre 2050 steigen wird,
- C. in der Erwägung, dass die Ausgaben für Arbeitslosenleistungen aufgrund des niedrigeren Anteils arbeitsloser Menschen bis zum Jahr 2050 um circa 0,6% des BIP sinken werden, ein sehr bescheidener Rückgang, der die hohen Ausgaben in anderen Sektoren nicht ausgleichen wird,
- D. in der Erwägung, dass die Europäische Union 27,2% des BIP für sozialen Schutz (2008) ausgibt, wobei der Hauptteil auf Altersversorgungsleistungen und Pensionen entfällt (46%),
- E. in der Erwägung, dass die Alterung der Bevölkerung in den meisten Mitgliedstaaten bis zum Jahre 2050, wenn die derzeitigen politischen Maßnahmen weiterverfolgt werden, voraussichtlich zu mehr öffentlichen Ausgaben führen wird, zumeist für Altersruhegeld, Gesundheitsfürsorge und Langzeitpflege, wobei der stärkste Anstieg zwischen 2020 und 2040 stattfinden wird,

Allgemeine Erwägungen

1. fordert die Mitgliedstaaten in Anbetracht der Strategie von Lissabon und der Notwendigkeit von Maßnahmen zur Sicherung der Nachhaltigkeit der Systeme der sozialen Sicherheit und der Rentensysteme nachdrücklich auf, beim Übergang von der Perspektive einer sozialen Ausgabendätigkeit zu der einer sozialen Aktivierung stärkere Fortschritte zu erzielen und mehr Menschen in Beschäftigung hoher Qualität zu bringen und dort zu halten, das Arbeitskräfteangebot zu verstärken, die sozialen Schutzsysteme zu modernisieren und Investitionen in Humankapital durch bessere allgemeine und berufliche Bildung zu erhöhen;
2. unterstreicht, dass sich die Quellen des Wirtschaftswachstums verändern werden: die Beschäftigung wird bis zum Jahre 2010 einen positiven und nach 2030 einen negativen Beitrag zum Wachstum leisten, so dass die Arbeitsproduktivität eine beherrschende Wachstumsquelle werden wird; erkennt an, dass zur Wahrung eines höheren Produktivitätsniveaus unbedingt mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung

erforderlich sein werden;

3. streicht vor dem Hintergrund der derzeitigen demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen und der Vermeidung von Konflikten zwischen Generationen und gesellschaftlichen Gruppen heraus, wie wichtig neue Modelle für eine wirksame und gerechte Verteilung von Kosten und Nutzen unter einer kleineren erwerbstätigen und einer größeren wirtschaftlich inaktiven Bevölkerung sein werden;
4. bekräftigt seine Überzeugung, wonach das EU-Arbeitsrecht unbefristete Arbeitsverträge als die allgemeine Form der Beschäftigung stärken sollte, in deren Rahmen angemessener Sozial- und Gesundheitsschutz und die Achtung der Grundrechte gewährleistet werden;
5. erinnert daran, dass der Kernpunkt der europäischen Sozialmodelle die Solidarität zwischen Erwerbstätigen und wirtschaftlich inaktiven Menschen ist, überwiegend finanziert durch Erwerbseinkünfte, wie z.B. Sozialversicherungsbeiträge oder Besteuerung der Arbeit; verweist jedoch darauf, dass die alternde Bevölkerung die Erwerbstätigen unter erheblichen Druck setzen wird; unterstreicht, dass dies die Solidarität und als Folge daraus die europäischen Sozialmodelle gefährden könnte; unterstreicht, wie wichtig daher ein Überdenken der Solidarität, einschließlich des Findens eines neuen, fairen Finanzierungsgleichgewichts, ist;
6. verweist auf die im Gang befindliche Entwicklung der Individualisierung, die flankiert werden sollte durch entschlosseneren Bemühungen um Individualisierung von Sozialrechten, damit die Menschen, insbesondere die Frauen, unabhängiger werden;

Arbeitskräfte

7. ist der Überzeugung, dass ein Rückgang der Arbeitskräfte bei Anhalten der jetzigen Situation zu einem Rückgang in der Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden führen wird; ist der Auffassung, dass diese Entwicklung eventuell durch Erhöhung der Arbeitsstunden der verbleibenden Arbeitnehmer oder eine Verringerung der Zahl der Teilzeitarbeiter ausgeglichen werden muss;
8. erinnert daran, dass höhere Beschäftigungsraten in hohem Maße abhängig sind davon, dass alle Gruppen erwerbstätig bleiben, und unterstreicht daher, wie wichtig die Bekämpfung der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt ist;
9. hält es durchaus für erforderlich, dass Menschen über 65 Jahre hinaus und so lange wie möglich erwerbstätig bleiben; unterstreicht, dass eine Anhebung des gesetzlichen Rentenalters diskutiert werden muss;
10. verweist darauf, dass jede pro-aktive wirtschaftliche Migrationspolitik, die sich insbesondere an mögliche Migranten im erwerbsfähigen Alter richtet und auch qualifizierten Bewerbern eine sofortige Zuwanderung ermöglicht, ergänzt werden müsste durch eine bessere Integration der Migranten in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft insgesamt; unterstreicht, dass verstärkte Bemühungen um mehr Zuwanderung zu einem Abwandern von hochqualifizierten Menschen in den Herkunftsländern führen könnte, was negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung dieser Länder haben könnte;

Renten

11. verweist auf die bestehende Diskriminierung von Risikogruppen auf dem Arbeitsmarkt, was zu niedrigen Beschäftigungsraten und niedrigen Löhnen und somit weniger Möglichkeiten für diese Gruppen führt, angemessene Rentenansprüche zu erwerben; dringt darauf, gleichwertige Möglichkeiten für alle zu schaffen;
12. räumt ein, dass steigende öffentliche Ausgaben für Renten durch eine teilweise Verlagerung auf privat finanzierte Systeme verringert werden könnten; unterstreicht, dass eine stärkere Konzentration auf privat finanzierte Renten die Notwendigkeit einer angemessenen Regulierung privater Rentenfonds erhöhen würde;
13. fordert die Mitgliedstaaten auf, der Umgestaltung herkömmlicher Rentensysteme, die auf systematischen Risikobewertungen und der Annahme eines typischen durchschnittlichen Lebenslaufs beruhen, ernsthafte Beachtung zu schenken, da der vorausgesetzte allgemein übliche Lebenslauf sich ändert und so genannte Patchwork-Biografien immer normaler werden mit dem neuen sozialen Risiko einer zunehmenden Ungewissheit für viele Menschen und Risikogruppen, insbesondere Zuwanderer, niedrig qualifizierte Arbeitskräfte und allein erziehende Eltern;
14. stellt fest, dass es überwiegend Frauen sind, die freiwillig oder unfreiwillig unter dem Druck von kulturellen Verhaltensmustern und sozialen Normen oder infolge der mangelnden Qualität oder des Fehlens von Kinderbetreuungseinrichtungen die Betreuung der Kinder übernehmen; unterstreicht, dass die Frauen hierfür einen Ausgleich erhalten und ihnen echte Wahlmöglichkeiten in Bezug auf Kinderwunsch geboten werden müssen, ohne dass sie mögliche finanzielle Nachteile befürchten und in Bezug auf ihrer beruflichen Weiterkommen Nachteile erleiden müssen; begrüßt Maßnahmen von Mitgliedstaaten zum Ausgleich dieser Situation;

Finanzielle Nachhaltigkeit

15. unterstreicht, dass die Mitgliedstaaten eine angemessene Finanzierung für Systeme der sozialen Sicherheit und Rentensysteme aufrechterhalten müssen, dass sie angesichts des verstärkten Wettbewerbs aufgrund der Globalisierung alternative und solide Steuergrundlagen finden müssen; warnt vor einer möglichen Verringerung des Steuereinkommens aufgrund von Pauschalsteuersätzen, da diese strikt an die Gesamtzahl der Erwerbstätigen gebunden sind; unterstreicht, wie wichtig es ist, die Abhängigkeit von der Besteuerung der Arbeit zu verringern, um die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten zu steigern und mehr Arbeitsanreiz zu schaffen; räumt ein, wie kompliziert der Übergang zu einer stärker kapitalorientierten Besteuerung ist, aufgrund der niedrigeren Kapitalsteuergrundlagen und der höheren Kapitalmobilität; schlägt vor, dass der verstärkte Einsatz von Ökosteuern und eine stärkere Orientierung am Verbrauch als Steuergrundlage und somit die Notwendigkeit einer verstärkten Progression in Erwägung gezogen werden, was den Druck auf die niedrigeren Einkommen verringern würde;

Gesundheitsfürsorge und Langzeitpflege

16. unterstreicht, wie wichtig die Wahrung der Werte und Grundsätze ist, auf denen sämtliche

Gesundheitsfürsorgesysteme der Europäischen Union beruhen, die eine allgemeine Deckung, Solidarfinanzierung, gleichberechtigten Zugang und das Erfordernis einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsfürsorge ungeachtet des erforderlichen vernünftigen Umgangs mit knappen Mitteln umfassen;

17. ist in Anbetracht der voraussichtlich höheren Kosten für Gesundheitsfürsorge und Langzeitpflege der Auffassung, dass die Mitgliedstaaten ihre Finanzierung überdenken und der Tatsache Rechnung tragen sollten, dass in Anbetracht der Möglichkeit, dass aufgrund der Tendenz zu kleineren Familien und einer zunehmenden Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt weniger nicht professionelle Pflege verfügbar sein wird, die Zunahme der Langzeitpflege höher als vorgesehen sein könnte;
18. stellt fest, dass eine öffentliche Finanzierung der Gesundheitsfürsorge zu Effizienz und Fairness beiträgt durch Absicherung gegen finanzielle Risiken und Nichtverknüpfung der Zahlungen an das Krankheitsrisiko, während dagegen private Beitragsmechanismen eine begrenzte oder gar keine Risikoverteilung beinhalten und in der Regel die Zahlungen an das Krankheitsrisiko und die Zahlungsfähigkeit knüpfen;
19. stellt fest, dass Gesundheitsfürsorgesysteme, die überwiegend durch erwerbsgestützte Sozialversicherungsbeiträge finanziert werden, Nutzen aus einer breiteren Einkommensgrundlage unter Einbeziehung von nicht einkommensbezogenen Einkünften ziehen könnte;
20. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschliebung dem Rat, der Kommission, den Ausschüssen für Beschäftigung, den Ausschüssen für Sozialschutz und den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und der Bewerberländer zu übermitteln.

BEGRÜNDUNG

Demografische Entwicklungen

Die demografische Entwicklung in Europa wird einen Rückgang sowie eine Alterung der Bevölkerung zur Folge haben. Sie wird im Jahre 2050 zahlenmäßig geringfügig kleiner, jedoch deutlich älter sein als heute. Grund dafür sind niedrige Geburtenraten, die hinter der natürlichen Reproduktionsziffer zurückbleiben, sowie eine höhere Lebenserwartung. Dadurch wird der Anteil der Menschen über 65 immer größer und die Zahl junger Leute geht zurück, sodass sich die Alterspyramide umkehrt.

Die durchschnittliche Geburtenrate in der EU entspricht weder dem Willen der Frauen noch den Wünschen der europäischen Bürger nach einer eigenen Familie, sondern könnte vielmehr auch mit den Schwierigkeiten, Beruf und Familie zu vereinbaren (fehlende Betreuungsstrukturen für Kleinkinder, fehlende sozioökonomische Unterstützung für Familien und fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen), mit beunruhigenden sozialen Bedingungen (unsichere Arbeitsplätze, teure Wohnungen) und mit der Zukunftsangst (später Einstieg der jungen Menschen in die Arbeitswelt, ungesicherte Arbeitsverhältnisse) zusammenhängen.

Wird der Bedarf an 90 bis 100 Millionen Arbeitskräften, der durch die Veränderungen in der erwerbstätigen Bevölkerung entsteht, durch eine verstärkte Einwanderung gedeckt, so führt dies zu einer viel größeren ethnokulturellen und religiösen Heterogenität. Außerdem sei daran erinnert, dass eine Forcierung der Zuwanderung von hochqualifizierten Personen in deren Herkunftsländern wahrscheinlich zu einem stärkeren Braindrain führt, was schwerwiegende negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Länder haben dürfte.

Soziale Entwicklungen

Nach Ansicht der Berichterstatterin lassen sich bei der Umgestaltung des Wohlfahrtsstaates erhebliche Fortschritte erzielen, wenn statt der Sozialausgaben die Sozialinvestitionen in den Vordergrund gestellt werden.

Vor dem Hintergrund der Lissabonner Strategie und der auf EU-Ebene vereinbarten Beschäftigungsziele kommt es darauf an, mehr Menschen in qualitativ hochwertige Beschäftigung zu bringen und zu halten, das Arbeitskräfteangebot zu vergrößern und die sozialen Sicherungssysteme zu modernisieren, Anpassungsfähigkeit und Sicherheit von Arbeitnehmern und Unternehmen zu verbessern und die Investitionen in das Humankapital durch bessere Bildung und Qualifikationen zu steigern.

Anerkanntermaßen vollzieht sich eine Diversifizierung der Lebensweise, was sich in weniger Eheschließungen, höheren Scheidungsraten und einem höheren Alter der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes manifestiert und wodurch das immer noch vorherrschende traditionelle Ehemodell durch alternative Formen des Zusammenlebens ergänzt wird.

Die Berichterstatterin stellt fest, dass sich durch die zunehmende Ausprägung individuellen Verhaltens die Loyalität der Menschen gegenüber Einrichtungen der Gesellschaft, wie etwa

den Systemen der sozialen Sicherheit, verändert und die Diskussion um eine Neudefinition von Solidarität und sozialem Ausgleich daher mit großem Nachdruck geführt werden muss.

Finanzentwicklungen

Ausgehend von der derzeitigen Politik dürfte die Alterung der Bevölkerung in den meisten Mitgliedstaaten bis 2050 zu einem Anstieg der öffentlichen Ausgaben führen – größtenteils für Renten, gesundheitliche Betreuung und Langzeitpflege. Die Möglichkeiten für einen Ausgleich dieser Mehrausgaben durch Einsparungen bei den Bildungsausgaben sind voraussichtlich eher begrenzt, da die Investitionen in das lebenslange Lernen steigen.

Die Berichterstatteerin stellt fest, dass die Steuererhebung durch strukturelle Entwicklungen und immer größer werdende Herausforderungen beeinflusst wird, wie etwa einen zunehmenden globalen Wettbewerb und die wachsende Mobilität von Produktionsfaktoren. Es sei daher unbedingt notwendig, über eine alternative und tragfähige Steuerbasis nachzudenken.

Wirtschaftliche Entwicklungen

Unsere heutige Welt ist geprägt durch die Globalisierung, d. h. durch eine Beschleunigung des offenen Handels und einen raschen technologischen Fortschritt, der einen immensen Wettbewerbsdruck erzeugt und die Unternehmen im Interesse der Markterweiterung zu größerer Flexibilität zwingt. Aus den Prognosen geht hervor, dass die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des BIP in den kommenden Jahrzehnten zurückgehen wird.

Die Triebkräfte des Wirtschaftswachstums werden sich verändern. So wird die Beschäftigung bis 2010 einen positiven Wachstumsbeitrag leisten, der sich jedoch nach 2030 deutlich ins Negative verkehrt. Die Arbeitsproduktivität hingegen wird eine dominante Rolle spielen und gelegentlich die einzige Triebkraft für das Wachstum sein. Es müssen folglich größere Investitionen in Forschung und Entwicklung getätigt werden, um ein höheres Produktivitätsniveau zu sichern.

Die veränderte Altersstruktur der Erwerbstätigen könnte zu Veränderungen im Verbrauchsverhalten und in der Binnennachfrage führen, was potenziell Umverteilungen zwischen den Sektoren mit sich bringt. Das erfordert eine höhere berufliche Mobilität, um eine Zunahme der Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt mit weiterem Beschäftigungsrückgang zu vermeiden.

Arbeitsmarktentwicklungen

Die Globalisierung wird zu industriellen und regionalen Strukturveränderungen sowie zu Veränderungen in den Beschäftigungsmustern und im Beschäftigungsniveau führen. Seitens der Politik wird deshalb eine stärkere Orientierung auf Flexicurity erfolgen. Zu betonen ist, dass die Hauptaufgabe darin besteht, wirtschaftliche Flexibilität bei gleichzeitig besserem sozialem Schutz zu erreichen, damit das Umfeld eine bestmögliche Nutzung der Möglichkeiten gestattet. Außerdem werden qualifizierte und anpassungsfähige Arbeitskräfte benötigt, wofür aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen mit Investitionen in lebenslanges Lernen zu kombinieren sind, um die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern.

Das bedeutet auch eine Verbesserung der Aus- und Weiterbildung speziell für die Geringqualifizierten.

Der Arbeitsmarkt ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Politikanpassung, da letztendlich die Wirtschaftsleistung eines Landes darüber entscheidet, ob es ein hohes Niveau bei den sozialstaatlichen Leistungen beibehalten kann.

Bei weiterhin konstanter Einwanderung wird sich die Zahl der Erwerbstätigen von 227 Millionen (2005) auf 183 Millionen im Jahre 2050 verringern. Die Erwerbstätigenquote wird 2020 auf 70 % angestiegen sein, und zwar hauptsächlich wegen einer höheren Frauenerwerbstätigkeit, die in erster Linie durch den Renteneintritt älterer Frauen zustande kommt, bei denen die Erwerbstätigenquote niedrig war. Die Gesamtzahl der Beschäftigten wird sich bis 2017 um 20 Millionen erhöhen, danach jedoch bis 2050 wieder um 30 Millionen zurückgehen.

Dadurch verringert sich natürlich auch der Anteil der Arbeitslosen, so dass die Ausgaben für Arbeitslosengeld 2050 um rund 0,6 Prozentpunkte des BIP niedriger sein werden. Dieser Rückgang ist jedoch relativ gering und wird keinesfalls höhere Ausgaben in anderen Sektoren kompensieren.

Bei weniger Erwerbstätigen verringert sich natürlich auch die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden. Um diesbezüglich einen Ausgleich zu schaffen, muss die Gesamtzahl der von den verbliebenen Erwerbstätigen gearbeiteten Stunden erhöht oder die Zahl der Teilzeitbeschäftigten reduziert werden.

Höhere Beschäftigungsquoten hängen zu einem wesentlichen Teil von der Aktivierung aller auf dem Arbeitsmarkt diskriminierten Gruppen ab. Daher muss es den Frauen auf ausgewogene und wirkungsvolle Art ermöglicht werden, dass sie ihre Rolle in der Wirtschaft wahrnehmen, und es muss Veränderungen bei der Bereitstellung von wichtigen Haushaltsdiensten wie Kinderbetreuung geben, damit die Frauen ihre Berufstätigkeit mit ihren familiären Pflichten in Einklang bringen können.

Außerdem müssen genügend Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer mit den entsprechenden Qualifikationen und Fertigkeiten geboten werden. In diesem Zusammenhang kommt es darauf an, die Altersdiskriminierung abzuschaffen, das lebenslange Lernen zu fördern, flexible Ruhestandsregelungen anzubieten und gesunde Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Die Berichterstatterin ist der Meinung, dass die Mitgliedstaaten diese Entwicklungen als eine Chance sehen sollten, um die Strukturreformen weiter voranzubringen.

Alterungsbedingte Entwicklungen

Durch die Alterung der Bevölkerung geraten die öffentlichen Ausgaben und auch einige Kategorien von Steuereinnahmen stärker unter Druck, da sich aufgrund der Globalisierung mobile Steuerbasen immer mehr der Besteuerung entziehen.

Die prognostizierte Erhöhung der Lebenserwartung resultiert zum überwiegenden Teil aus einer verringerten Alterssterblichkeit, weshalb sich auch das Verhältnis zwischen Rentenzeit und Lebensarbeitszeit verändert.

Nach Ansicht der Berichterstatterin wird eine der Hauptaufgaben darin bestehen, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu entwickeln und Reformen in den Steuer- und Sozialleistungssystemen durchzuführen, mit denen das Angebot an Arbeitskräften erhöht wird, und durch weitere Reformen des Wohlfahrtsstaates trotz der Bevölkerungsalterung eine langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu sichern.

Renten

Die demografische Entwicklung wird in allen Mitgliedstaaten zu einem Anstieg der öffentlichen Rentenausgaben führen. Dieser Anstieg kann durch einen teilweisen Wechsel vom staatlichen Altersversorgungssystem in private Rentenversicherungen etwas abgemildert werden, jedoch birgt eine stärkere Ausrichtung auf die private Altersversorgung durchaus auch neue Probleme und Risiken und macht eine entsprechende Regulierung erforderlich.

Die Rentensysteme in den Mitgliedstaaten sind – wenn auch in unterschiedlichem Maße – historisch gewachsen und basieren auf dem Modell, wonach der Mann der Ernährer der Familie ist, d. h. sie sind stark familienorientiert.

Es wird wichtig sein, die traditionellen Rentensysteme neu zu gestalten, die auf einer systematischen Risikobewertung basieren und von einem standardisierten Lebensverlauf ausgehen, denn entsprechend dem aktuellen Trend verändern sich die Lebensverläufe sehr rasch und sogenannte Patchwork-Biographien werden immer häufiger. Daraus ergibt sich als neues soziales Risiko eine wachsende Zukunftsungewissheit für viele Menschen und vor allem für benachteiligte Gruppen, wie etwa Einwanderer, geringqualifizierte Arbeitnehmer und Alleinerziehende. Gebrochene Erwerbsbiographien wirken sich erheblich auf die Rentenansprüche aus, zudem sind in den meisten Berufen Unterbrechungen nachteilig für die berufliche Laufbahn und das Lohnniveau.

Überwiegend sind es die Frauen, denen aufgrund kulturell bedingter Anschauungen und gesellschaftlicher Normen oder wegen mangelhafter bzw. fehlender Kindereinrichtungen – freiwillig oder unfreiwillig – die Kinderbetreuung obliegt. Unterstützt wird dieser Umstand in vielen Ländern noch durch die Regelungen des Mutterschaftsurlaubs, wonach nur die Frauen die Freistellung in Anspruch nehmen können. Es ist daher unbedingt notwendig, die Frauen für diese Beeinträchtigung ihrer beruflichen Entwicklung zu entschädigen und es ihnen zu ermöglichen, der Mutterrolle nachzukommen, ohne finanzielle Nachteile befürchten zu müssen.

Entwicklung der gesundheitlichen Versorgung

Das Alter an sich ist kein ursächlicher Kostenfaktor, jedoch werden sich durch die Alterung der Bevölkerung die öffentlichen Gesundheitsausgaben zwangsläufig erhöhen, und zwar bis 2050 in den meisten Mitgliedstaaten um 1,5 bis 2 Prozentpunkte des BIP.

Sehr stark wirkt sich die Bevölkerungsalterung auf den Bedarf an Langzeitpflege aus, der deutlich zunehmen und die Ausgaben um 0,5 bis 1 Prozentpunkte des BIP erhöhen wird.

Darüber hinaus wird es wegen der Tendenz zu kleineren Familien und der verstärkten Teilhabe der Frauen am Arbeitsmarkt weniger informelle Pflege in den Haushalten geben, weshalb mehr formelle Pflege benötigt wird und die Langzeitpflege einen größeren Umfang erreichen könnte als ursprünglich prognostiziert.

In Anbetracht der Bevölkerungsalterung wird die Bereitstellung einer umfassenden Gesundheitsversorgung für alle mit einem Kostenanstieg verbunden sein. Da Beitragserhöhungen keine Option darstellen, wird sich folglich die Tendenz verstärken, die öffentlich finanzierten Leistungen auf ein Minimum an essenziellen Leistungen zu reduzieren, was eine ewige Diskussion über deren Umfang zur Folge hat. Diejenigen, die die Voraussetzungen haben, um die Solidargemeinschaft zu verlassen, können von der gesetzlichen Krankenversicherung zu einer privaten Krankenkasse wechseln, die ihnen umfangreichere und qualitativ bessere Leistungen bietet. Dadurch gerät die Finanzierung des öffentlichen Gesundheitswesens noch mehr unter Druck, so dass weniger Leistungen in geringerer Qualität angeboten werden. Das wiederum schmälert das Vertrauen in das öffentliche Gesundheitswesen und belastet die Solidargemeinschaft.

Fazit der Berichterstatterin

Aufgrund des durch Alterung und größere Heterogenität der Bevölkerung verursachten demografischen Druckes – und der bestehenden finanziellen Zwänge – kommen die Mitgliedstaaten nicht umhin, Elemente der traditionellen Systeme der sozialen Sicherheit wie Rentensysteme, Arbeitsmarktprogramme sowie Gesundheits- und Bildungspolitik zu überdenken.

Eine Möglichkeit zur Abschwächung der Entwicklung ist die Erhöhung der Erwerbsquote, insbesondere in der Altersgruppe 55-65 und bei den Frauen, deren Beschäftigungsquoten momentan deutlich niedriger sind. Den Frauen müssen angemessene Möglichkeiten geboten werden, damit sie Beruf und Familie in Einklang bringen können, vor allem Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen. Außerdem ist es wichtig, die Beschäftigungsmöglichkeiten und -bedingungen für Menschen mit Behinderungen zu verbessern und die soziale Ausgrenzung zu bekämpfen. Diese Zielsetzungen lassen sich nur durch die Umsetzung der Lissabon-Agenda erreichen, wobei der Schwerpunkt auf der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und der Sicherung einer angemessenen Entlohnung und anderer Arbeitsanreize liegt.

Sollen Nachhaltigkeit und Angemessenheit sowohl der Gesundheitsfürsorge als auch der Renteneinkommen für die Bevölkerung in den Mitgliedstaaten während der kommenden Jahrzehnte gewährleistet sein, so erfordert dies Maßnahmen auf allen Ebenen der Gesellschaft, in Politik, Wirtschaft und jedem einzelnen Haushalt.